

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 16. September 2024
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

A 135 Anfrage Setz Isenegger Melanie und Mit. über den aufkommenden Subventionswettbewerb im Kanton Luzern / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Melanie Setz Isenegger ist nicht mehr im Rat vertreten. Die Anfrage wurde von Simone Brunner übernommen. Simone Brunner ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Simone Brunner: Die Mehrheit der Fragen wurde sehr vage beantwortet, ich weiss kaum mehr als bisher. Was hat der Regierungsrat zu verbergen? Wovor fürchtet er sich? Ich vertrete nach wie vor die Meinung, dass die Luzernerinnen und Luzerner das Recht haben zu wissen, was die Luzerner Regierung in Bezug auf die Wirtschaftsförderung plant. Plant man das, was viele andere Kantone am Planen sind oder bereits kommuniziert haben? Wir wissen es nicht. Ein Blick in diese Kantone zeigt aber, dass direkte Subventionen an Unternehmen als Wirtschaftsförderung wie beispielsweise im Kanton Basel-Stadt kein Tabu mehr sind. Sollte die Regierung den Weg dieser direkten Subventionen gehen – man kann sie auch Fördermassnahmen nennen –, wird sich die SP-Fraktion mit allen Mitteln gegen diese Wirtschaftsförderungsmassnahmen einsetzen. Aus unserer Sicht ist diese Massnahme nämlich nichts anderes als eine indirekte Umgehung der OECD-Mindeststeuer. Internationale Konzerne und alle anderen Firmen sowie auch die Menschen in diesem Kanton sind verpflichtet, ihren angemessenen Beitrag zur Finanzierung der öffentlichen Leistungen zu leisten. Gerne wird vergessen, dass genau auch diese Unternehmen und ihre Mitarbeitenden auf eine gute öffentliche Infrastruktur und einen gut ausgebauten Service public angewiesen sind. Zum Schluss ein Gedanke: Sie sprechen immer von der Fortsetzung der Tiefsteuerstrategie. Aber der prognostizierte Geldsegen von 400 Millionen Franken, der ab 2026 in den Kanton fliessen soll, ist eine Steuererhöhung und keine Steuersenkung.

Adrian Nussbaum: Erlauben Sie mir eine Vorbemerkung: Das Wort Tiefsteuerstrategie stammt von der SP-Fraktion und nicht von uns oder der Regierung. Wir haben immer von der Steuerstrategie gesprochen. Die Schweiz profitiert seit Jahrzehnten davon, dass wir im internationalen Vergleich im Steuerwettbewerb einen Spaltenplatz einnehmen. Auch bezogen auf den Kanton Luzern schlecht es keine Geiss mehr weg, dass wir von diesem Steuerwettbewerb profitieren. Die SP und die Grünen waren schon immer gegen diesen Steuerwettbewerb, exemplarisch auch bei uns im Kanton Luzern. Interessanterweise haben sie beim Verteilen oder Einsetzen dieser Zusatzeinnahmen immer ziemlich weit vorn mitgemischt. Mit der internationalen Einführung der OECD-Mindeststeuer haben wir den Steuerwettbewerb reduziert. Nun gibt es zwei Varianten: Entweder machen wir beim Wechsel

in den Förderwettbewerb mit und sind auch weiter für Grossfirmen attraktiv oder wir lassen es bleiben. Wenn die Mitglieder der links-grünen Seite für die zweite Variante sind – was sie ja gerade angekündigt haben –, bitte ich sie, konsequent vorzuschlagen, in welchen Bereichen sie in Zukunft bereit sind, Einsparungen vorzunehmen, wenn die Steuereinnahmen zurückgehen, denn sie werden zurückgehen. Ich erwarte jedoch mindestens, dass sie in Kauf nehmen, dass die Einnahmen tatsächlich zurückgehen. Die Regierung hat in der Antwort der Anfrage einerseits und andererseits im kürzlich publizierten Aufgaben- und Finanzplan (AFP) aufgezeigt, dass auch die Luzerner Bevölkerung und die Luzerner KMU von diesen Mehrerträgen aus der OECD-Mindeststeuer profitieren werden. Wir unterstützen das. Die Mitte-Fraktion wird sich aber dafür einsetzen, dass wir für Grossfirmen auch in Zukunft ein attraktiver Kanton bleiben. Wir sind bereit, die Kröte Förderbeitrag statt Steuerwettbewerb zu schlucken. Wir tun das, weil wir überzeugt sind, dass am Schluss alle Luzernerinnen und Luzerner sowie die Luzerner Firmen davon profitieren, wenn wir auch für die grossen Unternehmen ein attraktiver Standort sind und bleiben. Ich glaube die aktuellen Zahlen im AFP geben uns recht. Man kann schon mit Moral politisieren, aber auch diese Moral hat ein Preisschild.

Claudia Huser: Wir sprechen hier immer von 400 Millionen Franken. Ich erlaube mir eine kurze Replik zu den Zahlen. Bislang hat der Kanton Luzern mit einem Ertrag von 55 Millionen Franken gerechnet und diesen auch eingestellt. Davon sollen 8 Millionen Franken für nichtfiskalische Massnahmen eingestellt werden. Im neusten AFP und aufgrund der neu vorliegenden Zahlen hat der Regierungsrat entschieden, pro Jahr von 400 Millionen Franken zu sprechen und diese ab 2026 einzuplanen. Die Diskussion scheint mir etwas harsch, denn wir stehen doch vor einem schönen Problem, nämlich dem Problem der Mittelverteilung. Aktuell sind von diesen 400 Millionen Franken 50 Prozent für Massnahmen zur Weiterentwicklung vorgesehen. Entweder verstehen wir die Antwort der Regierung komplett falsch oder wir haben eine andere Antwort erhalten. Bei uns steht in der Antwort klar, dass 50 Prozent zur Förderung des Werkplatzes eingesetzt werden, also zur überbetrieblichen Förderung der gesamtwirtschaftlichen Situation für die Standortförderung. Der zweite Teil wird zur Förderung von innovativen, nachhaltigen und resilienten Unternehmen eingesetzt. Somit sind 50 Prozent für den allgemeinen Staatshaushalt und die Beteiligung der Gemeinden vorgesehen, also 120 Millionen und 80 Millionen. Die detaillierte Ausgestaltung der Massnahmen zur Standortförderung sind noch nicht bekannt. Darüber bin ich froh, denn schlussendlich muss das Geld zuerst kommen. Danach können wir konkret festlegen, was wir damit machen wollen. Die Vorstösserin wollte damals mit ihrer Anfrage sicherstellen, dass nicht nur die Unternehmen von diesen Mehreinnahmen profitieren, sondern auch die Luzerner Bevölkerung. Das ist somit gegeben. Was in der ganzen Diskussion nicht vergessen gehen darf, ist, dass rund 220 Unternehmen von dieser Mindestbesteuerung betroffen sind. Diese machen rund 60 Prozent der Steuereinnahmen der juristischen Personen aus. Es ist also durchaus auch in Ordnung und richtig, wenn sie am Schluss zu einem Teil davon profitieren. Fakt ist, dass diese Unternehmen im Gegensatz zu unseren KMU hochmobil und dem Steuerwettbewerb des Kantons nicht per se ausgeliefert sind. Mit der Steuergesetzrevision, über die wir nächsten Sonntag abstimmen, machen wir einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung, auch für die Attraktivität unserer KMU. Es sollen alle von der guten Situation des Kantons Luzern profitieren. Wir brauchen alle drei: Luzernerinnen und Luzerner, KMU und die grossen Unternehmen. Deshalb hoffen wir, dass dieses Geld kommt und wir es wie geplant einsetzen können.

Samuel Zbinden: Wie schnelllebig die Politik doch ist: Als die Anfrage vor einem halben Jahr eingereicht wurde, sind wir alle noch von 55 Millionen Franken OECD-Geldern

ausgegangen, davon 8 Millionen Franken zur Standortförderung. Jetzt sollen es nicht mehr 55 Millionen, sondern 400 Millionen Franken sein, davon 200 Millionen zur Standortförderung. Die Freude über diese Nachricht ist tatsächlich gross. So erfreulich dieser Geldsegen auch ist, uns Grüne macht einiges an diesen veränderten Tatsachen stutzig, so etwa die Kommunikation der Regierung über die finanzpolitischen Geschäfte. Zuerst haben wir mit der Steuergesetzrevision über die Einnahmen der OECD-Mindeststeuer erfahren und dabei eine Beteiligung der Gemeinden vereinbart. Danach erschienen die Wirkungsberichte zur Aufgaben- und Finanzreform 2018 (AFR18) mit der Information, dass die AFR18 massive Ausfälle für die Gemeinden mit sich gebracht hat. Danach kam die Teilrevision zum Finanzausgleich, die alles wieder geradebiegen soll. Jetzt, eine Woche vor der Abstimmung über die Steuergesetzrevision, steht plötzlich eine völlig neue Zahl zu den OECD-Mehreinnahmen im Raum und eine ganz andere Beteiligung der Gemeinden. Wie die Regierung plötzlich auf so viel mehr Geld kommt und warum diese Information genau jetzt kommuniziert wird, löst bei der Grünen Fraktion Fragen aus. Wenn man im Zusammenhang mit dieser finanzpolitischen Kommunikation mit Gemeinderätinnen und -räten spricht, so zeigt es sich, dass die finanzpolitische Kommunikation der Regierung bei den Gemeinden nicht gerade vertrauensbildend wirkt. Neben der Kommunikation sehen wir noch eine andere Herausforderung: Die Überschüsse, die Mehreinnahmen aus der OECD, sind grundsätzlich eine tolle Sache. Sie sind aber kein Selbstzweck, sondern sie sind dann Beweis für die erfolgreiche Steuerstrategie, wenn die Mehreinnahmen wirklich und massgeblich uns allen zugutekommen. Wenn von 400 Millionen Franken OECD-Geldern die Hälfte via Subventionierung zurück an Grosskonzerne fliesst oder via Steuerfusssenkung auch wieder an überproportional Gutverdienende geht, hat die Mehrheit der Bevölkerung wenig davon. Dann ist die Steuerstrategie auf dem Papier zwar erfolgreich, faktisch wird der Staat aber so zum Durchlauferhitzer von Konzerngewinnen, die möglichst auf einfachem Weg wieder an diese Kreise zurückverteilt werden sollen. Die Grüne Fraktion wird sich dafür einsetzen, dass die Millionenerlöse aus der OECD-Steuergesetzrevision allen zugutekommen – der Bevölkerung, der breiten KMU-Wirtschaft im Kanton Luzern, der Kultur, der Mobilität usw. –, damit wir das Fundament stärken können und Luzern erfolgreich in die Zukunft geht.

Ruedi Amrein: Die Antworten der Regierung, soweit sie möglich waren, sind für die FDP-Fraktion in Ordnung. Wir finden die Stossrichtung gut. Der Steuerwettbewerb ist bei diesen Gruppen aufgehoben, jetzt versucht man es international über andere Wege. Wir sollten einfach nicht blauäugig sein und mit grundsätzlichen Diskussionen diese vertreiben. Es ist mehr Geld vorhanden, aber man kann nicht alles verbrauchen. Das ist auch in einem Betrieb so. Sie müssen auch Abschreibungen für Investitionen zurücklegen. Das sehe ich hier ebenso. Es wurde immer wieder gesagt, dass die Bevölkerung nicht davon profitiert. Die Bevölkerung profitiert indirekt sehr wohl davon. Die Firmen liefern Steuererlöse, aber wenn sie wegziehen, verlieren wir diese Steuererlöse. Diese Firmen sorgen zudem auch für Arbeitsplätze. Wenn wir für diese Betriebe einen Anreiz schaffen, damit sie im Kanton bleiben, profitieren wir von ihrem Steuerertrag, den wir wiederum sozial verteilen können. Die Linken argumentieren ja auch immer mit einem Katalog, wofür sie Geld wollen. Dieses Geld muss aber erwirtschaftet werden. Deshalb muss man auch investieren, und man kann nicht nur immer ernten, sondern man muss auch säen. Das ist auch bei diesen Betrieben der Fall. Im Gegensatz zu einigen anderen Ländern müssen es in der Schweiz transparente und klare Massnahmen sein, die der Bevölkerung einleuchten. Eine willkürliche Verteilung ist nicht möglich.

Marcel Budmiger: Eine Vorbemerkung: Die Mehreinnahmen, über die wir diskutieren, entstehen aufgrund einer Steuererhöhung und der Einschränkung des Steuerwettbewerbs,

denn Steuersenkungen und Steuerwettbewerb vernichten die Einnahmen der öffentlichen Hand weltweit. Liest man die Antwort der Regierung, kommt einem der Gedanke, dass die Regierung keinen Plan hat. Doch Sie wissen genau, dass die Regierung sehr wohl einen Plan hat. Nur will sie nicht über diesen sprechen, zumindest nicht vor der Abstimmung vom nächsten Sonntag. So verneinte der Regierungsrat auch die Dringlichkeit der Anfragen der FDP- und der SP-Fraktion über die Verwendung der OECD-Mittel. Es erstaunt, dass die FDP-Fraktion mit der Antwort der Regierung einverstanden ist. Eigentlich hätte sie sich den dringlichen Vorstoss also sparen können. Kommunikationsfreudiger ist der Regierungsrat aber bei denjenigen Mitteln, von denen er ausgeht, dass sie bei der Bevölkerung gut ankommen: Steuersenkungen und Investitionen in Kitas oder die regionale Kulturförderung, von denen angeblich die Gemeinden profitieren, auch wenn die Gemeinden das allenfalls etwas anders sehen. Wieso kommunizieren Sie über diesen Teil und nicht über den umstrittenen? Die Bevölkerung stimmt nächsten Sonntag ab, ohne zu wissen, wie der Geheimplan der Regierung für den plötzlichen Mehrertrag aus der OECD-Steuererhöhung aussieht. Ein Blick auf Zug, das mit Subventionen die neuen OECD-Regeln umgehen will, lässt das Schlimmste befürchten. Sehr geehrter Herr Regierungsrat, Sie haben nun eine letzte Chance, vor dem Abstimmungstermin Ihre Karten offen auf den Tisch zu legen. Die Debatte über die Mittel ist mittlerweile in vollem Gang und im Kantonsrat angekommen. Es wäre mehr als redlich, wenn auch die Bevölkerung erfahren würde, über was wir eigentlich diskutieren.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Zum terminlichen Ablauf: Ich bitte Sie, zur Kenntnis zu nehmen, dass die Antwort auf die Anfrage am 24. Juni 2024 von der Regierung verabschiedet wurde und wir wiederum beim AFP weitere Informationen bekannt gegeben haben. Damals haben wir Ihnen gesagt, dass wir unser Umfeld beobachten und analysieren und eine ganze Bandbreite von Massnahmen prüfen. Diese Prüfung ist fortgeschritten, aber noch nicht so weit, dass wir darüber kommunizieren können. Im Rahmen des AFP haben wir eine erste Mitteilung gemacht, wie viel Geld wir aus der OECD-Mindestbesteuerung erwarten. Diese 400 Millionen Franken kommen uns allen zugute. Wir haben nun die schwierige Aufgabe, eine Vorlage zu erstellen, wie wir diesen Betrag verteilen. Wenn es um viel Geld geht, haben alle gute Ideen, wie wir dieses investieren oder verteilen sollen. Beim AFP haben wir auch weitere erste Informationen mitgegeben, nämlich dass wir ein Förderbeitragssystem und weitere Massnahmen prüfen, aber auch dass wir einen Teil der Gelder in den Kanton und die Gemeinden investieren wollen, was ja auch der Bevölkerung zugutekommt. Wir dürfen sagen, dass wir wirtschaftspolitisch erfolgreich unterwegs sind. Wir haben beispielsweise seit 2012, seit der Halbierung der Unternehmenssteuern, praktisch dreimal so viele Einnahmen bei den juristischen Personen, unabhängig von den OECD-Mehrträgen, denn diese kommen noch hinzu. Wir haben auch die direkten Bundessteuern, bei denen wir den entsprechend höheren Anteil kassieren. Das ermöglicht es uns auch, die Aufgaben im Kanton Luzern zu erfüllen oder gezielt zu investieren. Weiter darf ich sagen, dass nicht alle Kantone so gut unterwegs sind wie wir. Sie können sich umschauen. Der Kanton Zug ist ebenfalls gut unterwegs, aber es gibt auch andere Kantone, die Sparpakte schnüren müssen. Zum Glück sind wir nicht in dieser Lage. Wir haben eine komfortable Ausgangslage. Damit wir diese behalten können, müssen wir attraktiv bleiben. Die Welt verändert sich immer schneller. Damit wir als Standort attraktiv bleiben können, sind neue Massnahmen gefragt. Nur so bleiben auch die Firmen hier, die vor Kurzem nach Luzern gezogen sind. Das ist die Ergänzung zu unseren Antworten, die ich heute machen kann. Wir werden Sie informieren, wenn die Vorlage ausgearbeitet ist. Das wird voraussichtlich gegen Ende Jahr der Fall sein. Die Vorlage ist komplex und muss von der

Regierung beraten werden. Zudem erfolgt wie immer eine Vernehmlassung, und Sie können Stellung beziehen. Danach folgt der normale politische Prozess. Deshalb können wir nicht jetzt schon sagen, was die Vorlage vielleicht enthalten wird oder nicht. Wir kommunizieren dann, wenn die Vernehmlassungsvorlage der Regierung bekannt ist.